



Weltgesundheitsorganisation

REGIONALBÜRO FÜR **Europa**

Erste Tagung der Europäischen Sonderarbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit

**Tagungsbericht
Bled (Slowenien)
27.–28. Oktober 2011**



Weltgesundheitsorganisation

REGIONALBÜRO FÜR **Europa**

**Bericht über die erste Tagung der
Europäischen Sonderarbeitsgruppe
Umwelt und Gesundheit**

Bled (Slowenien)

27.–28. Oktober 2011

Die erste Tagung der Europäischen Sonderarbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit (EHTF) fand im Oktober 2011 in Slowenien statt. Die Sonderarbeitsgruppe prüfte und erörterte die seit der Konferenz in Parma erfolgten Entwicklungen sowie die im Rahmen ihres Auftrags angeregten gemeinsamen Maßnahmenbereiche. Dies umfasste Grundsatzfragen, Erkenntnisse, internationale Verpflichtungen und neu auftretende Themen in Bezug auf: Energieversorgung und Gesundheit, sektorübergreifende Arbeit, nachhaltige Entwicklung, Prävention nichtübertragbarer Krankheiten, Ungleichheiten, Klimawandel, Wasser, Abwasser und Asbest.

Die EHTF-Mitglieder betonten, wie wichtig die Entwicklung einer guten Kommunikationsstrategie sei, um dem Prozess Umwelt und Gesundheit für Europa Gehör und Einfluss zu verschaffen. Sie beschlossen ihre interne Verständigung und Zusammenarbeit auszubauen, insbesondere auch in Bezug auf die Entwicklung von Indikatoren für die Zwischenbilanz der Fortschritte auf der hochrangigen Halbzeittagung im Jahr 2014, für die Sechste Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit im Jahr 2016 sowie für die Gruppe von Zielen und Indikatoren des neuen Rahmenkonzepts „Gesundheit 2020“ für die Europäische Region der WHO.

Schlüsselwörter

ENVIRONMENTAL HEALTH
ENVIRONMENTAL POLICY – trends
CONGRESSES
EUROPE

Anfragen zu Veröffentlichungen des WHO-Regionalbüros für Europa richten Sie bitte an:

Publications
WHO Regional Office for Europe
Scherfigsvej 8
DK-2100 Kopenhagen Ø, Dänemark

Oder füllen Sie auf der Website des Regionalbüros für Europa ein Online-Formular für Dokumentation/Information bzw. die Genehmigung zum Zitieren/Übersetzen aus (<http://www.euro.who.int/PubRequest?language=German>).

© Weltgesundheitsorganisation 2012

Alle Rechte vorbehalten. Das Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation begrüßt Anträge auf Genehmigung zur teilweisen oder vollständigen Reproduktion oder Übersetzung seiner Veröffentlichungen.

Die in dieser Publikation benutzten Bezeichnungen und die Darstellung des Stoffes beinhalten keine Stellungnahme seitens der Weltgesundheitsorganisation bezüglich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets bzw. ihrer Regierungs-/Verwaltungsinstanzen oder bezüglich des Verlaufs ihrer Staats- oder Gebietsgrenzen. Gestrichelte Linien auf Karten bezeichnen einen ungefähren Grenzverlauf, über den möglicherweise noch keine vollständige Eignigkeit besteht.

Die Erwähnung bestimmter Firmen oder Erzeugnisse bedeutet nicht, dass diese von der Weltgesundheitsorganisation unterstützt, empfohlen oder gegenüber ähnlichen, nicht erwähnten bevorzugt werden. Soweit nicht ein Fehler oder Versehen vorliegt, sind die Namen von Markenartikeln als solche kenntlich gemacht.

Die Weltgesundheitsorganisation hat alle angemessenen Vorkehrungen getroffen, um die in dieser Publikation enthaltenen Informationen zu überprüfen. Dennoch wird die Veröffentlichung ohne irgendeine explizite oder implizite Gewähr herausgegeben. Die Verantwortung für die Deutung und den Gebrauch des Materials liegt bei der Leserschaft. Die Weltgesundheitsorganisation schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die sich aus dem Gebrauch des Materials ergeben. Die von den Autoren, Redakteuren oder Expertengruppen geäußerten Ansichten sind nicht unbedingt Ausdruck der Beschlüsse oder der erklärten Politik der Weltgesundheitsorganisation.

Inhalt

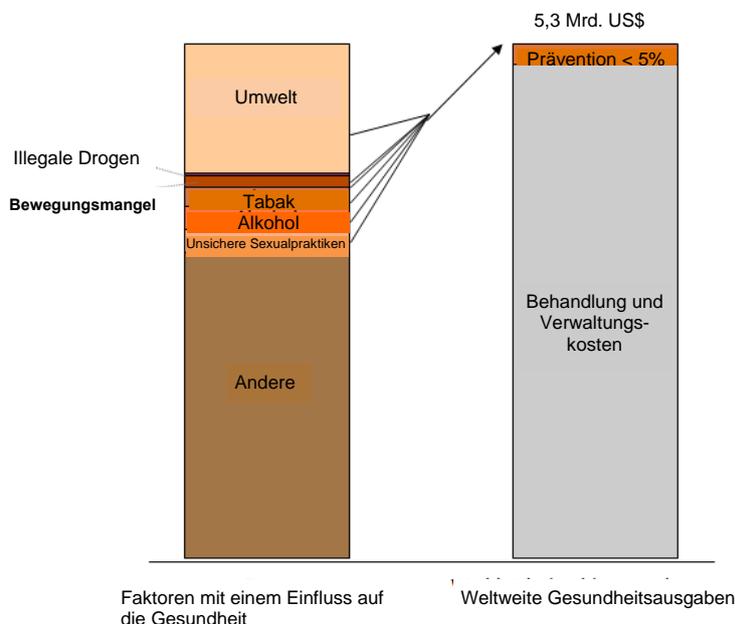
	<i>Seite</i>
Einführung.....	1
Wichtige Entwicklungen im Bereich Umwelt und Gesundheit und innerhalb des WHO-Regionalbüros für Europa.....	2
Steuerung des EHP.....	3
Neue Themen: Energie und Gesundheit sowie nichtübertragbare Krankheiten	5
Ressourcen/Schaffung von Kapazität.....	5
Impulse für Maßnahmen zu Umwelt und Gesundheit.....	5
Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der Zielvorgaben in der Erklärung von Parma auf der nationalen Ebene	6
Wasser und Gesundheit.....	6
Eliminierung asbestbedingter Erkrankungen in der Europäischen Region der WHO	7
Neue Probleme im Bereich Umwelt und Gesundheit	8
Energie und Gesundheit	8
Umweltdeterminanten nichtübertragbarer Krankheiten.....	10
Umwelt und Gesundheit und Benachteiligungen.....	11
Stärkung internationaler Partnerschaften zugunsten besserer Steuerung im Bereich Umwelt und Gesundheit in der Region sowie Verknüpfungen mit globalen und regionalen Rahmen.....	12
Der Prozess Umwelt für Europa und Ergebnisse der Konferenz in Astana	12
Nachhaltige Entwicklung und Gesundheit (Prozess Rio+20).....	12
Gruppensitzungen.....	15
Unterstützende Werkzeuge für Überwachung und Bewertung	15
Steuerung unter Beteiligung aller Akteure und anderer Sektoren.....	17
Umsetzung des Handlungsrahmens der Europäischen Region für Klimawandel und Gesundheit	18
Der weitere Weg und Abschluss.....	19
Anhang 1: Tagungszweck	21
Anhang 2: Programm	23
Anhang 3: Erklärung Sloweniens zum Dossier „Rio+20“, Bled, 28. Oktober 2011	24
Anhang 4: Teilnehmerliste	26

Einführung

Die erste Tagung der Europäischen Sonderarbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit (EHTF) fand am 27. und 28. Oktober 2011 in Bled (Slowenien) statt. Die Tagung wurde eröffnet mit Begrüßungsansprachen des slowenischen Gesundheitsministers Dr. Dorijan Marusic und von Dr. Maria Neira, Direktorin, Schutz der menschlichen Umwelt, WHO-Hauptbüro (in Anhang 1 finden sich Informationen zum Tagungszweck, Anhang 2 enthält das Programm und Anhang 4 die Teilnehmerliste).

Der Bereich Umwelt und Gesundheit sei von großer Bedeutung. Angesichts des riesigen Potenzials für die Senkung von Gesundheitskosten durch die Prävention von Krankheiten gelte dies besonders in der aktuellen Wirtschaftskrise. Wenngleich 25% der weltweiten Krankheitslast umweltbedingt seien, entfielen weniger als 5% der Gesundheitsausgaben auf die Prävention (Abb. 1). Dieses dramatische Ungleichgewicht müsse durch höhere Investitionen in den Bereich Umwelt und Gesundheit korrigiert werden, was intensive Überzeugungsarbeit zugunsten von Primärprävention durch die Verbreitung solcher Daten und eine Schärfung des Bewusstseins voraussetze. Die EHTF könne eine wichtige Rolle bei der Einflussnahme auf Veränderungen der Politik spielen, vor allem auch wegen der anstehenden internationalen Tagungen wie denjenigen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Konferenz über nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Rio+20), die im Juni 2012 in Rio de Janeiro in Brasilien stattfinden werde.

Abb. 1: Gegenüberstellung von Gesundheitsdeterminanten und Ausgaben



Quelle: Schätzungen auf der Grundlage von Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der WHO und des Instituts für Prävention.

Dr. Marusic erinnerte daran, dass Slowenien im Lauf der Jahre aktiv am Prozess Umwelt und Gesundheit (EHP) in Europa und bei der WHO mitgewirkt und sowohl den Prozess als auch die Organisation unterstützt habe. Er betonte das anhaltende Engagement seines Landes für diesen Prozess und zeigte sich erfreut, dass Slowenien für den Ko-Vorsitz des Europäischen Ministerausschusses für Umwelt und Gesundheit (EHMB) ausgewählt wurde. Er hob hervor: „Vor dem Hintergrund des Rechts von Menschen, in einer gesunden Umwelt zu leben, ist klar, dass Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch, Austausch über gute Praxis und die Planung gemeinsamer Aktivitäten außerordentlich wichtig sind.“ Im Anschluss ging der Minister auf weitere Problembereiche im Zusammenhang mit Verkehr, körperlicher Betätigung, Ernährung und Chemikalien ein, in Bezug auf welche Slowenien versuche, durch den Ausbau von Radwegen, die Förderung gesunder Ernährung und die Entwicklung einer Strategie für Chemikaliensicherheit Fortschritte zu erzielen.

Dr. Marusic schlug Dr. Krunoslav Capak vom Kroatischen Institut für Gesundheitswissenschaften und Mitglied des Lenkungsausschusses des WHO-Regionalkomitees für Europa für den Vorsitz der EHTF sowie Alexander Nies, Stellvertretender Generaldirektor des deutschen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, als Ko-Vorsitzenden vor. Dagegen wurden keine Einwände erhoben, sie wurden ordnungsgemäß gewählt und die Tagesordnung wurde angenommen.

Wichtige Entwicklungen im Bereich Umwelt und Gesundheit und innerhalb des WHO-Regionalbüros für Europa

Dr. Matic (Koordinator für Umwelt und Gesundheit im WHO-Regionalbüro für Europa) präsentierte einen umfassenden Lagebericht über die Aktivitäten im Bereich Umwelt und Gesundheit in der Europäischen Region. Er blickte zurück auf den EHP und Fortschritte seit der Fünften Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit in Parma (Italien) im Jahr 2010, erinnerte die Teilnehmer an die in Parma angenommenen fünf messbaren Zielvorgaben und Handlungsprioritäten und beschrieb die Reorganisation der Arbeit der WHO im Bereich Umwelt und Gesundheit. Das allgemeine Verständnis der Bevölkerung von Umwelt- und Gesundheitsproblemen müsse gestärkt werden und es bedürfe umfassenderer sektorübergreifender Ansätze. Die Rolle und die Verantwortlichkeit der EHTF sowie ihre Arbeitsweise bei der Durchführung des EHP müssten geklärt werden.

Dr. Matic bot einen Überblick über die Tagesordnung, umriss Themen mit Bezug zur EHTF, die überprüft und erörtert werden sollten, und beschrieb die konzeptionelle Grundlage der Umwelt- und Gesundheitsprioritäten in der Europäischen Region. Der EHMB hatte 2011 in Paris um diese Aktivitäten ersucht.

Einige Mitglieder der EHTF berichteten über ihre ersten Erfahrungen mit der Umsetzung der neuen institutionellen Regelungen für den EHP, die Ergebnisse der ersten EHMB-Tagung, den Entwurf für die Verfahrensregeln für die EHTF und andere, für die Steuerung des EHP maßgebliche Themen.

Steuerung des EHP

Ein institutioneller Rahmen für den EHP im Zeitraum 2010–2016 war Teil der Erklärung von Parma über Umwelt und Gesundheit, die von den Teilnehmern an der Konferenz in Parma angenommen worden war. Neben nationalen Mechanismen für Umwelt und Gesundheit umfasste der Rahmen eine Sonderarbeitsgruppe und einen Ministerausschuss, die beide von einem Sekretariat im WHO-Regionalbüro für Europa betreut werden sollten. Die erste Tagung des EHMB fand am 4. und 5. Mai 2011 in Paris statt. Die EHTF wurde von dieser Tagung ins Leben gerufen und ihr Vorsitzender und Ko-Vorsitzender nehmen von Amts wegen an EHMB-Tagungen teil.

In der Erklärung von Parma hatten sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, eine Reihe andauernder oder neu entstehender Umwelt- und Gesundheitsprobleme anzugehen. Um die Notwendigkeit der Unterstützung nationaler Aktivitäten mit der Notwendigkeit in Einklang zu bringen, Ressourcen dort zu konzentrieren, wo sie den größten Mehrwert generieren können, hatte das Sekretariat eine Reihe möglicher Prioritäten ermittelt, die vom EHMB gebilligt worden waren und auf die bei dieser ersten Tagung der EHTF eingegangen wurde:

- die Weiterentwicklung des institutionellen Rahmens und der Beobachtungsstruktur (Bildung der EHTF und Etablierung von Mechanismen zur Beteiligung junger Menschen und anderer Akteure sowie Weiterentwicklung des Europäischen Umwelt- und Gesundheitssystem – ENHIS);
- die Entwicklung von Werkzeugen und Ansätzen zur Abschätzung der positiven Verknüpfungen zwischen dem Erreichen von umweltbezogenen und gesundheitspolitischen Zielen und der Entwicklung der umweltverträglichen Wirtschaft;
- die Stärkung der nationalen Kapazitäten und die Entwicklung von Werkzeugen für die Gesundheits- und Umweltministerien zur Beteiligung an nationalen energiepolitischen Debatten unter voller Berücksichtigung der Konsequenzen unterschiedlicher Grundsatzoptionen;
- die Ausnutzung der Verknüpfung zwischen dem EHP in Europa und anderen multilateralen Mechanismen für die Steuerung von Umwelt und Gesundheit.

Die EHTF erörterte mehrere Themen im Zusammenhang mit der Steuerung des EHP und der Umsetzung der Verpflichtungen in der Erklärung von Parma; im Einzelnen:

- die Notwendigkeit gemeinsamer Vorstellungen und einer einheitlichen Bezugsstruktur zur Unterstützung der Umsetzung;
- die Bedeutung hoher Produktivität des EHP;
- Unterstützung für die Umsetzung auf der regionalen und nationalen Ebene mit klaren nationalen Strukturen;
- die notwendige Verknüpfung des EHP mit der Agenda für nachhaltige Entwicklung;
- die Bedeutung der Weiterentwicklung sektorübergreifender Ansätze, welche die Aufnahme von Umwelt und Gesundheit in alle politischen Handlungskonzepte auf staatlicher Ebene unterstützen;
- die Forderung nach Unterstützung für die Priorisierung von Aktivitäten;
- die Ermittlung und Verbreitung von Beispielen für gute Praxis in unterschiedlichen Ländern, die als Bezugspunkte für nationales Handeln dienen können.

Das Sekretariat hatte einen Entwurf für die Verfahrensregeln der EHTF ausgearbeitet. Vor der Tagung waren schriftliche Stellungnahmen zu diesem Entwurf aus zwei Mitgliedstaaten eingegangen. Auf der ersten Sitzung wurden weitere Stellungnahmen abgegeben, die vom Sekretariat zusammengestellt wurden. In Übereinstimmung mit den Erörterungen und unter Berücksichtigung von Kommentaren und Vorschlägen einiger Mitgliedstaaten wurde am nächsten Tag eine überarbeitete Fassung vorgelegt. Aus dem Plenum wurden daraufhin weitere Kommentare vorgetragen. Der endgültige Entwurf werde vom Sekretariat zu Konsultationszwecken online zugänglich gemacht.

Der Schwerpunkt müsse auf der Umsetzung liegen, für die es sowohl kurz- als auch mittelfristige Zeitrahmen und Ziele gebe. Dieser Prozess und die Formulierung von Zielvorgaben und Verpflichtungen trügen dem Bedarf der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Aufrechterhaltung der notwendigen Flexibilität für die Anpassung an nationale Umstände bei ihrer Definition nationaler Zielvorgaben und Prioritäten für die Umsetzung Rechnung. Die EHTF könne die Entwicklung der Agenda auf der internationalen Ebene mit einer starken Betonung auf die Umsetzung unterstützen. Sie könne auch Gedanken austauschen und einen Konsens über konkrete Ergebnisse zugunsten einer stärkeren Identifikation mit der Agenda herbeiführen, Antworten und Lösungen zu Problemen ermitteln und zur Suche nach neuen und innovativen Wegen zum Erreichen von Fortschritten in Bezug auf Probleme beitragen.

Die Kommunikation zwischen dem Sekretariat und den Ansprechpersonen müsse intensiviert werden, insbesondere in Bezug auf Informationen über Fachtagungen und Konsultationen. Dies werde als wichtige Voraussetzung dafür empfunden, ein größeres Engagement der Ansprechpartner und eine stärkere Identifikation der Mitgliedstaaten mit der Agenda sicherzustellen.

Die Forderung, das politische Gewicht des EHMB und die Medien stärker für eine verbesserte Außenwahrnehmung des EHP zu nutzen, sei von der EHTF begrüßt worden, und sie sei auch der Ansicht, dass hierin ein Potenzial für die Einflussnahme auf internationaler Ebene liege.

Dr. Matic erklärte den komplexen Prozess, der zur Ernennung der nationalen Ansprechpersonen geführt hatte und erst kurz vor der Tagung abgeschlossen worden war. Er bekräftigte, dass das Sekretariat entschlossen sei, einen wirksamen Kommunikationsfluss zu gewährleisten, und bat die Mitgliedstaaten, das Sekretariat bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Zur Unterstützung und Stärkung der Kommunikation wolle das Sekretariat eine Strategie für die breite Öffentlichkeit und die Medien entwickeln. In Abstimmung mit der EHTF werde diese die folgenden Elemente umfassen: die Bereitstellung von Presseartikeln und Pressemitteilungen zum Inhalt und zu den Ergebnissen von EHP-Tagungen, die Verbreitung von Materialien zur Arbeit des EHP und die rechtzeitige Bereitstellung von Materialien an Länder für Tagungen/Veranstaltungen, damit genügend Zeit für deren Übersetzung und Präsentation in den nationalen Medien bleibe. Das Sekretariat unterstützte den Vorschlag der EHTF, die Rolle des EHMB als Botschafter des EHP hervorzuheben. Die EHTF unterstützte den Vorschlag, dass an internationalen Veranstaltungen teilnehmende Mitglieder des EHMB den EHP fördern sollten. Ferner anerkannte das Sekretariat Probleme in der internen Kommunikation mit den Ansprechpersonen, insbesondere in Bezug auf die rechtzeitige Versendung von Informationen über Fachtagungen und Expertenkonsultationen, und erklärte für Abhilfe sorgen zu wollen.

Neue Themen: Energie und Gesundheit sowie nichtübertragbare Krankheiten

Prof. Wilfried Kreisel, Mitherausgeber der WHO-Veröffentlichung über Energie und Gesundheit, die seit der Vierten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit im Jahr 2004 in Arbeit ist (und 2012 abgeschlossen werden soll), führte in das Thema ein.

Mehrere Redner betonten die Notwendigkeit, sich auf die aktuellen Verpflichtungen in der Erklärung von Parma zu konzentrieren und nicht in zusätzliche Bereiche abzuschweifen, weil die Hinzunahme weiterer Themen Fortschritte in Bezug auf eine bereits ehrgeizige Agenda erschweren und deren Verwirklichung behindern könne. Mehrere Ansprechpersonen stimmten zu, dass die neuen Themen relevant seien, dass es aber vielleicht dennoch klüger wäre, erst zu einem späteren Zeitpunkt auf sie einzugehen. Es wurde hervorgehoben, dass es angesichts der Breite der Verpflichtungen in der Erklärung von Parma nützlich sei, einen übergeordneten Bezugsrahmen zu finden, der eine strategische und einheitliche Zukunftsvision für die zu lösenden Probleme biete und so eine kohärente Umsetzung erleichtere sowie das Risiko unsystematischer Ansätze vermeiden helfe. Ferner wurde die Frage aufgeworfen, ob die WHO und die EHTF eine Rolle im Bereich Energie und Gesundheit einnehmen sollten und wenn ja, wie diese Rolle aussehen solle.

Dr. Matic anerkannte die Befürchtung, dass die Erweiterung der Agenda die Umsetzungsprobleme vergrößern könne. Die Themen Energie und Gesundheit sowie nichtübertragbare Krankheiten seien bereits in der Agenda von Parma enthalten und Mitgliedstaaten würden sich damit unabhängig vom EHP befassen. Angesichts der wichtigen und langfristigen Konsequenzen von Entscheidungen, die in Politikfeldern wie Energie getroffen werden, könne es deshalb für den EHP von strategischer Bedeutung sein, mit von der Partie zu sein. Dr. Matic hob hervor, wie wichtig es sei, die Mitgliedstaaten zu unterstützen, indem sichergestellt werde, dass das aktuellste Wissen über gesundheitliche Auswirkungen verfügbar sei, um auf der nationalen Ebene Diskussionen in anderen Sektoren zu unterstützen.

Als Ergebnis dieser Diskussion wurde beschlossen, einen übergeordneten Bezugsrahmen auszuarbeiten, der die Erkenntnisse präsentiert und der eine strategische und einheitliche Zukunftsvision für die Probleme bieten sollte, mit denen sich der EHP möglicherweise wird befassen müssen.

Ressourcen/Schaffung von Kapazität

Es wurde angemahnt, dass eine wirksame Ressourcennutzung erforderlich sei, damit den Ländern in Bezug auf konkrete Fachthemen wie Chemikalienvergiftungen, Giftkontrolle oder Raumluftverschmutzung sowie die Einbeziehung demografischer Veränderungen in die Langzeitplanung korrekte Informationen bereitgestellt könnten und Qualifikationen, Wissensgrundlagen und Überwachungskapazitäten weiterentwickelt werden könnten. Von zwei Seiten wurde um konkrete Fachunterstützung ersucht.

Impulse für Maßnahmen zu Umwelt und Gesundheit

Die EHTF präsentierte mehrere Vorschläge zu bestehenden Mechanismen und Gelegenheiten zur Förderung der Agenda für den Bereich Umwelt und Gesundheit. Diese könnten genutzt werden, um die Umsetzung des EHP und das Engagement dafür zu stärken. Dazu zählten:

- gesundheitliche Argumente, die genutzt werden könnten, um umweltpolitische Entwicklungen zu unterstützen (beispielsweise, was die Luftverschmutzung betrifft);
- auf Erkenntnissen beruhende gesundheitliche Argumente, insbesondere diejenigen in Bezug auf die Verknüpfung zwischen der Umwelt und Krebs, Diabetes, Adipositas usw. und dem Risiko für verkürzte Lebenserwartung, die genutzt werden könnten, um Politiker zu bewegen, Maßnahmen zu unterstützen;
- wirtschaftliche Erwägungen und die langfristigen Einsparungen durch Primärprävention, die als eine Investition in die Zukunft und in das Wohlergehen verstanden werden sollte, sowie die Stärkung wirksamer Überzeugungsarbeit zu diesem Punkt;
- die Nutzung des EHP als eines Werkzeugs zur Wiederbelebung des Interesses an Umwelt- und Gesundheitsthemen, bei denen sich die Fortschritte verlangsamt hätten, beispielsweise die Frage der Raumluftverschmutzung.

Es sei notwendig, sowohl für die Zukunft zu planen als auch zu verstehen, dass eine heute getätigte Investition Früchte in der Zukunft trägt. Der Nutzen des EHP sei klar; es sei jedoch notwendig, Überzeugungsarbeit in Bezug auf das Bewusstsein für diesen Nutzen bei allen Akteuren zu leisten und vor allem deutlich zu machen, dass Investitionen in den EHP in höherer Lebenserwartung resultieren, mit einer besseren Nutzung natürlicher Ressourcen einhergehen und zu wirtschaftlichem Gewinn, besserer Gesundheit und mehr Wohlergehen führen.

Wissen sei die Grundlage für Entwicklung. Triebkräfte der Agenda für nachhaltige Entwicklung seien wirtschaftliche Maßnahmen, die ihre Grenzen hätten. Die Agenda solle mit einer aussagekräftigeren Gesundheitsbotschaft verknüpft werden.

Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der Zielvorgaben in der Erklärung von Parma auf der nationalen Ebene

Die Mitglieder der EHTF gingen in ihren Diskussionen auf so genannte „böartige“ Probleme ein, die aufgrund ihrer Persistenz und des Umstands, dass sie nur mit veränderten Ansätzen und politischer Unterstützung gelöst werden können, besondere Aufmerksamkeit erfordern.¹

Wasser und Gesundheit

Herr Aertgeerts (Sekretariat) stellte die Herausforderungen und Chancen im Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung vor. Er ging auf die mögliche Rolle der EHTF ein und wies darauf hin, wie wichtig es sei, handlungsorientiert zu sein sowie bestehende Werkzeuge und internationale Instrumente wie das das Protokoll über Wasser und Gesundheit, den Mittelmeeraktionsplan (MED POL), das Übereinkommen von Barcelona, die Globale Analyse und Bewertung

¹ Es übersteigt gewöhnlich die Kapazität einer einzelnen Organisation, „böartige Probleme“ zu verstehen oder zu lösen. Häufig herrscht Uneinigkeit über die Ursachen dieser Probleme und es mangelt an Gewissheit über den besten Weg, sie anzugehen. In Bezug auf sie liegt darüber hinaus häufig chronisches Politikversagen vor. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Versäumnis aufeinanderfolgender Regierungen in vielen Ländern, trotz politischer Verpflichtungen und zahlreicher Bemühungen gesundheitliche Benachteiligungen zu verringern (siehe *Stärkung der Kapazitäten und Angebote im Bereich der öffentlichen Gesundheit in der Europäischen Region: ein Handlungsrahmen*. Kopenhagen, WHO-Regionalbüro für Europa, 2011 (EUR/RC61/10 + EUR/RC61/Conf.Doc./3) (http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0011/148259/RC61_gdoc10.pdf, eingesehen am 4. April 2012)).

der Wasserver- und Abwasserentsorgung (GLAAS) und das Gemeinsame Überwachungsprogramm von WHO/Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (JMP) umfassend zu nutzen. Es gebe viele hochwirksame Interventionen, deren Durchführung zu einem starken Abbau der schweren Krankheitslast führen würde, die immer noch durch unzureichenden Zugang zu Wasserversorgung und Abwasserentsorgung verursacht werde. Unmittelbare Gesundheitsinterventionen mit einem Schwerpunkt auf durch Impfung vermeidbare und vernachlässigte Krankheiten hätten signifikanten Gesundheitsnutzen, insbesondere für Kinder. Es bedürfe gezielter Interventionen zur Sicherung des grundlegenden Menschenrechts auf Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Für den weiteren Weg schlug Herr Aertgeerts die Bildung einer dauerhaften Ad-hoc-Arbeitsgruppe vor. Diese solle:

- die Arbeit der WHO-Überwachungsprogramme und insbesondere von JMP, GLAAS und ENHIS unterstützen;
- als Bindeglied zwischen den aus der Erklärung von Parma resultierenden Erfordernissen und anderen Netzwerken fungieren, denen gegenüber Geber bereits Verpflichtungen eingegangen seien, wie denjenigen zu durch Impfung vermeidbaren und vernachlässigten Krankheiten (beispielsweise der Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung);
- laufende Aktivitäten zugunsten schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen und kleiner Versorgungssysteme unterstützen, vor allem durch die Sicherstellung der Verteilung sowie durch die Nutzung und Übersetzung von Leitfäden.

Die EHTF habe vielleicht den Wunsch, in die Überwachung des Zugangs zur Wasserversorgung einbezogen zu werden, weil Daten benötigt würden, um Ziele festzulegen, das Protokoll über Wasser und Gesundheit zu ratifizieren und die verfügbaren Netzwerke zu verfolgen, bei denen vielleicht auch die Möglichkeit bestehe, finanzielle Unterstützung zu erhalten.

Die Tagung unterstützte:

- sowohl den quantitativen als auch den qualitativen Wasserbedarf;
- die Forderung nach guter Hygiene, die auf dem Weg über die Primärprävention größere positive gesundheitliche Auswirkungen hätte als Impf- und Behandlungsprogramme;
- den Abschluss der Ratifizierung des Protokolls über Wasser und Gesundheit und seine Fähigkeit, Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung sauberen Trinkwassers zu unterstützen;
- die Bedeutung der Aufgabe, die stärkere Einbeziehung junger Menschen in Projekte im Zusammenhang mit der Verbesserung des Zugangs zu Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sicherzustellen.

Eliminierung asbestbedingter Erkrankungen in der Europäischen Region der WHO

Prof. Jorma Rantanen und Dr. Rokho Kim (Sekretariat) gaben einen Überblick über asbestbedingte Erkrankungen sowie über Erkenntnisse zu den Auswirkungen des Asbests auf die Gesundheit, bestehende Handlungsrahmen zur Bekämpfung von Asbest und nationale Handlungskonzepte zum Asbestersatz, zur Sanierung belasteter Standorte sowie zur Verringerung der Asbestbelastung für Arbeitnehmer und Allgemeinheit. Ungefähr 20 Mitgliedstaaten im mittleren und östlichen Teil der Europäischen Region hätten Asbest nicht verboten.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass Kapazität geschaffen werden müsse, vor allem in Bezug auf: i) Diagnose und Meldung von Mesotheliomen, die Verbesserung der Beurteilung der asbestbedingten Krankheitslast in Mitgliedstaaten und der verfügbaren Erkenntnisgrundlage sowie die Stärkung der Rolle von Arbeitnehmern und Verbrauchern bei der Förderung der Agenda zum Verbot von Asbest, ii) kontinuierliche Aufklärung über das Thema sowie seine Förderung durch die Einrichtung kontextsensibler Programme in jedem Land, die dazu anregen, rasch zu handeln, statt nur auf dem Papier zu planen.

Die Tagung schlug vor, Maßnahmen zu ergreifen, um unangemessenen Einfluss der Asbestindustrie auf nationale und internationale politische Handlungskonzepte für ein Ende der Asbestbelastung zu verhindern, Hersteller von Asbest enthaltenden Produkten bei der Umstellung auf Ersatzstoffe zu unterstützen und den Austausch von Erfahrungen mit der Asbestsanierung zwischen Mitgliedstaaten zu fördern.

Neue Probleme im Bereich Umwelt und Gesundheit

Energie und Gesundheit

In der anhaltenden energiepolitischen Debatte in der Europäischen Region müsse die Gesundheitsdimension berücksichtigt werden. Die Beziehung zwischen Energie und Gesundheit sei schon lange ein Thema für die WHO und im EHP, doch habe die von einem verheerenden Erdbeben und dem darauf folgenden Tsunami ausgelöste jüngste Nuklearkatastrophe in Fukushima nun eine Reihe von Ländern dazu bewogen, ihre langfristige Energiestrategie zu überprüfen.

Prof. Kreisel präsentierte den Vorentwurf einer WHO-Veröffentlichung über Energie und Gesundheit, in der die Auswirkungen unterschiedlicher Energieerzeugungsketten auf die Gesundheit untersucht sowie Strategien, politische Handlungskonzepte und Maßnahmen in wichtigen Wirtschaftszweigen benannt werden sollen, die für einen maximalen Gesundheitsnutzen für heutige und zukünftige Generationen erforderlich seien. Den Konzepten lägen zwei wichtige globale, regionale und nationale Ziele zugrunde: i) die Notwendigkeit einer zuverlässigen, stetigen und sicheren Energieversorgung der Haushalte, damit die Bürger in der Europäischen Region heizen, kühlen und kochen können, ii) die Notwendigkeit, die Zielvorgaben für Treibhausgasemissionen zu erreichen, um eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu gewährleisten.

Prof. Kreisel richtete mehrere Fragen an die EHTF, auch zum Ansatz und zum Konsultationsprozess für die Ausarbeitung der Endfassung des Textes sowie zum Entwicklungs- und Unterstützungsbedarf auf regionaler und nationaler Ebene im Hinblick auf dieses wichtige Thema. Er benannte die wichtigsten Bereiche für Folgemaßnahmen und Strategien zum Erreichen der gesundheits- und umweltbezogenen Ziele zur Unterstützung von Gesundheits- und Umweltministerien in Bezug auf nationale energiepolitische Debatten unter Berücksichtigung der Gesundheitsfolgen unterschiedlicher Politikoptionen.

Sprecher verwies auf Bereiche, die weiterer Prüfung bedürften, insbesondere solche im Zusammenhang mit der Einflussnahme auf die Politik, zusammen mit der Notwendigkeit einer Erkenntnisgrundlage sowie von Werkzeugen und der Klärung der Rolle der Gesundheitsministerien bei der Einflussnahme auf diese politischen Handlungskonzepte. Es wurde gesagt, dass eine Strategie und/oder ein einheitlicher Rahmen zur Annäherung an diesen Bereich ebenso notwendig

sei(en) wie die Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe, die den Spielraum für diesen Bereich ermitteln solle. Es wurde vorgeschlagen zu prüfen, wie aktuelle Initiativen, beispielsweise für Energiesicherheit und -effizienz in Schulen oder der europäische Fahrplan für Energie bis 2050, genutzt werden könnten, um Schwerpunktbereiche der EHTF zu ermitteln. Einige EHTF-Mitglieder befassten sich kritisch mit den angewendeten methodischen Verfahren und einer wahrgenommenen Verallgemeinerung der Ergebnisse, insbesondere in Bezug auf die Notwendigkeit, die Energienutzung zusammen mit auf die Produktion bezogenen Analysen zu behandeln. Konkret und unter Bezugnahme auf den Vortrag wurde betont, dass beim Vergleich von Indikatoren zwischen Ländern in der Europäischen Region und bei der Beurteilung ihrer Leistungsbilanz verschiedene natürliche und klimatische Bedingungen sowie andere Variablen zu berücksichtigen seien.

Die EHTF stimmte zu, dass dies ein wichtiger Bereich sei und dass seine Position innerhalb des größeren Rahmens der aus der Erklärung von Parma resultierenden Verpflichtungen und in Bezug auf bereits laufende Aktivitäten zum Klimawandel weiter geklärt und möglichst genutzt werden müsse.

Seit der Vierten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit in Budapest 2004 sei eine große Zahl an Erkenntnissen zusammengetragen worden, die vervollständigt und aktualisiert werden müssten, damit die Prüfung der Erkenntnisse abgeschlossen werde. Dieses Thema falle unter Verpflichtung Nr. 7 in der Erklärung und werde im Rahmen des ersten Ziels des Handlungsrahmens der Europäischen Region für Klimawandel behandelt. Ferner werde unter diesem Ziel auf konkrete wichtige Bereiche wie Vorbereitungen auf Unfälle und Notfälle sowie die Prävention nichtübertragbarer Krankheiten eingegangen. Der Prüfprozess und die Konsultationen sollten rigoros sein und sicherstellen, dass die Erkenntnisgrundlage des Textes korrekt sei und dass der Bericht eine solide Basis für die Unterstützung nationaler Politik biete.

Das Sekretariat anerkenne die Besorgnis der Mitgliedstaaten sowohl bezüglich der Position von Energie und Gesundheit als eines „neuen Themas“ als auch im Hinblick auf eine fehlende Strategie und fehlende Werkzeuge. Auf das Thema sei bereits bei der Vierten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit in Budapest 2004 eingegangen worden. Es seien diesbezüglich jedoch keine ausreichenden Fortschritte erzielt worden und es werde als wesentlich empfunden, diese Frage aufgrund ihrer politischen Dynamik innerhalb der EHTF anzusprechen und der EHTF die Möglichkeit einer Prüfung zu geben, ob und in welchem Umfang Mitgliedstaaten darin einbezogen werden möchten.

Das Sekretariat schlug vor, die EHTF solle Empfehlungen dazu vorlegen, wie die Arbeit weiterentwickelt werden könne, und Rückmeldungen zu der Frage abgeben, ob sie eine Maßnahme ergreifen (in einen Dialog eintreten) möchte. Die zukünftige Arbeit solle zwei eigenständige und separate Schritte umfassen. Im ersten solle der Notwendigkeit des Sammelns von Daten, von Analysen und eines Prüfprozesses Rechnung getragen werden, um eine solide wissenschaftliche Grundlage zur Unterstützung nationaler Debatten zur Energiepolitik zu gewährleisten. Der zweite sei die Entscheidung, ob der EHP eine Grundsatzmaßnahme zu diesem Thema ergreifen solle.

Die EHTF willigte ein, die Prüfung der Erkenntnisse über Energie und Gesundheit abzuschließen, damit man auf Erkenntnissen basierende Hintergrundinformationen zur Unterstützung nationaler Politikdebatten bieten könne. Der Entwurf der WHO-Veröffentlichung zu Energie und Gesundheit werde in einem Prozess breit angelegter Konsultationen und Prüfungen durch Experten weiterentwickelt.

Umweltdeterminanten nichtübertragbarer Krankheiten

Frau Racioppi (Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit) betonte die enge Verknüpfung zwischen der Parma-Agenda und der Prävention nichtübertragbarer Krankheiten sowie jüngere Entwicklungen auf der regionalen und globalen Ebene, bei denen eine explizite Verknüpfung zur Erklärung von Parma hergestellt worden sei und die einen einheitlichen Rahmen für die Überzeugungsarbeit zugunsten von sektorübergreifenden Maßnahmen zu Umwelt und Gesundheit bieten könnten. Im Einzelnen führte Frau Racioppi zu den folgenden Themen aus:

- Die Verknüpfung zwischen Umwelt und nichtübertragbaren Krankheiten sei im Mandat von Parma enthalten, weil die Erklärung explizit dazu verpflichte, im Bereich Umwelt und Gesundheit in der Europäischen Region aktiv zu werden und die hier entstehende Krankheitslast zu verringern und zwar in einem Umfang, wie dies durch angemessene Maßnahmen in Bereichen wie Stadtentwicklung, Verkehr, Nahrungsmittelsicherheit und Ernährung sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen möglich sei.
- Auf der globalen und regionalen Ebene hätten zwei wichtige Ereignisse die Bedeutung des Einsatzes gegen Umweltdeterminanten gezeigt.
 - Auf regionaler Ebene habe das WHO-Regionalkomitee im September 2011 den Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Strategie zur Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten 2012–2020 angenommen. Dieser beziehe sich auch auf die Erklärung von Parma sowie die Umwelt als eine wichtige Determinante für nichtübertragbare Krankheiten und beschreibe praxisorientierte Maßnahmen, die Mitgliedstaaten zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten ergreifen könnten, beispielsweise die Förderung aktiver Mobilität und Gesundheitsförderung in Alltagssituationen, insbesondere am Arbeitsplatz und in Schulen.
 - Auf globaler Ebene habe die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Politische Erklärung der Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf hoher Ebene über die Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten angenommen. Diese nehme explizit auf die Erklärung von Parma Bezug und erkenne an, dass für eine wirksame Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten staatliche Führung und sektorübergreifende Gesundheitsansätze erforderlich seien, darunter gegebenenfalls Ansätze zugunsten von Gesundheit in allen Politikbereichen und gesamtstaatliche Ansätze in Sektoren wie Gesundheit, Bildung, Energie, Landwirtschaft, Sport, Verkehr, Kommunikation, Stadtplanung, Umwelt, Arbeit, Beschäftigung, Industrie und Handel, Finanzen sowie soziale und wirtschaftliche Entwicklung.
- Es sei zunehmend belegt, dass Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz, insbesondere solche, die zu niedrigeren Emissionen von Außenluft-/Innenluft-Schadstoffen führen, sowie Veränderungen der Städtegestaltung und der Verkehrsmuster zugunsten aktiver Mobilität und öffentlicher Verkehrsmittel, die eine Verringerung von Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen sowie von Krebs und Diabetes ermöglichen, beide auch gegen die prioritären Gesundheitsprobleme helfen, gegen die sich die Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung nichtübertragbarer Krankheiten richteten.
- Die politische Dynamik des Themas nichtübertragbare Krankheiten könne die Überzeugungsarbeit für einen großen Teil der Umsetzung der Agenda von Parma schlagkräftig unterstützen, insbesondere in Bezug auf sektorübergreifende Ansätze und Anstrengungen zur Verringerung der Luftverschmutzung, zur Förderung gesunder Umweltbedingungen für

Arbeitnehmer und Kinder sowie unterstützender Umfeldler für körperliche Betätigung und zur Bekämpfung von Problemen im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Dies könne einen politisch attraktiven, umfassenden und strategisch ausgerichteten Weg dafür eröffnen, ein breites Spektrum von Themen mit einem Bezug zu Parma anzugehen, insbesondere, was die Arbeit des Gesundheitssektors betreffe.

- Die EHTF könne sich dafür entscheiden: i) Rückmeldungen zu nationalen Erfahrungen mit der Überwachung der Agenda zu nichtübertragbaren Krankheiten abzugeben, um die Umsetzung der Agenda von Parma zu unterstützen und Überzeugungsarbeit in Bezug auf größere Anstrengungen bei der Primärprävention dieser Krankheiten zu leisten, und ii) dem Sekretariat Vorschläge zu machen, wie es nationale Anstrengungen unterstützen und wirksamere Überzeugungsarbeit in Bezug darauf leisten könne, wie wichtig es in der internationalen Arena sei, den Umweltdeterminanten nichtübertragbarer Krankheiten entgegenzuwirken.

In der Diskussion wurde die wichtige Rolle von Wasser und Hygiene für die Prävention nichtübertragbarer Krankheiten hervorgehoben. Dabei wurde auf die Theorie verwiesen, dass Personen, die in einem Umfeld mit sauberem Wasser geboren werden und weniger stark von Diarrhöe betroffen waren, weniger anfällig für koronare Herzkrankheiten sind, und dass durch *Helicobacter pylori* verursachter Magenkrebs ebenfalls in einem Zusammenhang mit einem Mangel an Hygiene steht.

Es sei notwendig, sich stärker auf Chemikalien und nichtübertragbare Krankheiten zu konzentrieren. Die EHTF sei über Unterstützungsinitiativen informiert. Dazu zähle beispielsweise ein Schreiben von mehr als 100 Wissenschaftlern und nichtstaatlichen Organisationen zur Unterstützung der Rolle des Umweltschutzes bei der Prävention nichtübertragbarer Krankheiten an die Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu nichtübertragbaren Krankheiten im Jahr 2011 und das Ersuchen des Europäischen Parlaments um die Einstufung von Faktoren in der Umwelt (wie Tabak, Alkohol, Ernährung und körperliche Betätigung) als Risikofaktoren für nichtübertragbare Krankheiten.

In der Diskussion wurde auch die Notwendigkeit betont, sowohl den Nutzen als auch den Schaden für die Umwelt etwa in Form von Grünflächen und Wasserflächen für Erholungszwecke (körperliche Betätigung im „grünen“ und im „blauen“ Element) darzulegen, die sowohl die körperliche Betätigung als auch das psychische Wohlergehen fördern.

Umwelt und Gesundheit und Benachteiligungen

Die WHO hat ein Verfahren für eine umfassende Bewertung von Benachteiligungen im Bereich Umwelt und Gesundheit in der Europäischen Region in Übereinstimmung mit der Verpflichtung von Parma entwickelt, bei dem die Konzentration auf schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen und gesundheitliche Benachteiligungen im Vordergrund steht. Frau Zurlyte (Litauen) stellte den Bewertungsprozess aus dem Blickwinkel ihres Landes vor. Griechenland beanstandete Daten, die Griechenland als ein Land erscheinen ließen, das keine gute Bilanz in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung vorweisen könne.

Das Sekretariat bekräftigte seine Entschlossenheit, gegen gesundheitliche Benachteiligungen und zugunsten schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen zu arbeiten, und kündigte an, dass der Bewertungsbericht Anfang 2012 veröffentlicht wird. Anschließend könnten detaillierte Bewertungen zu Benachteiligungen im Bereich Umwelt und Gesundheit, Fallstudiensammlungen und Sichtungen von Interventionen oder politikbezogene Aktivitäten zugunsten der

nationalen sektorübergreifenden Zusammenarbeit zur Verringerung solcher Benachteiligungen durchgeführt werden. Die EHTF könne Orientierung zu weiteren Schritten bieten, die vom Sekretariat als Folgemaßnahmen zum Abschluss der Prüfung verfügbarer Erkenntnisse über Benachteiligungen im Bereich Umwelt und Gesundheit ergriffen werden könnten, um politische Maßnahmen auf nationaler Ebene zu unterstützen.

Stärkung internationaler Partnerschaften zugunsten besserer Steuerung im Bereich Umwelt und Gesundheit in der Region sowie Verknüpfungen mit globalen und regionalen Rahmen

Ziel der Sitzung war die Überprüfung von Verknüpfungen und Synergien zwischen dem EHP und den wichtigsten maßgeblichen globalen und regionalen Prozessen und Rahmen. Vertreter der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE), des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und der Europäischen Umweltagentur (EUA) trugen die folgenden kurzen thematischen Einführungen als Anstöße zur Diskussion vor.

Der Prozess Umwelt für Europa und Ergebnisse der Konferenz in Astana

Frau Nino Sharashidze (UNECE) sprach über die Siebte Ministerkonferenz „Umwelt für Europa“, die vom 21.–23. September in der kasachischen Hauptstadt Astana stattfand. An der Konferenz hätten 44 UNECE-Länder teilgenommen; wichtigste Diskussionsthemen seien die nachhaltige Bewirtschaftung von Wasserressourcen und die umweltverträgliche Gestaltung der Wirtschaft gewesen; es seien zwei Berichte mit den Titeln *Europe's environment – an assessment of assessments* und *Second assessment of transboundary rivers, lakes and groundwaters* vorgestellt worden und es sei beschlossen worden, in der UNECE-Region ein gemeinsames System für den regelmäßigen Austausch von Umweltinformationen einzurichten. Zusätzlich habe das Sekretariat des Paneuropäischen Programms eine Nebenveranstaltung organisiert und eine Broschüre über umweltverträgliche Arbeitsplätze im Verkehrssektor vorgestellt.

Frau Sharashidze beschrieb auch Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungen in der Erklärung von Parma durch multilaterale Umweltabkommen, insbesondere durch das Protokoll über Wasser und Gesundheit von UNECE und WHO-Regionalbüro für Europa sowie das Protokoll über die Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung. Letzteres sei im Juli 2010 in Kraft getreten und 23 Vertragsparteien seien jetzt daran beteiligt. Sein Leitungsorgan sei im Juni 2011 erstmals zusammengetreten und habe bei dieser Gelegenheit einen Arbeitsplan angenommen, der die Beteiligung von WHO-Experten an einer Reihe von Aktivitäten vorsehe, die von der Entwicklung von Leitfäden bis zur Ausarbeitung eines Formats für die nationale Berichterstattung über seine Umsetzung reichen würden.

Nachhaltige Entwicklung und Gesundheit (Prozess Rio+20)

Herr Wondwosen Asnake (UNEP) beschrieb die vorbereitenden Schritte für den Rio+20-Gipfel und die Beteiligung junger Menschen an dem Prozess. Die globalen Entwicklungen zur Vorbereitung auf Rio+20 würden sich auf zwei Hauptthemen konzentrieren: den institutionellen Rahmen

für nachhaltige Entwicklung sowie die umweltverträgliche Wirtschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Ziel der Konferenz sei ein erneuertes politisches Engagement für nachhaltige Entwicklung, die Bewertung bislang erzielter Fortschritte und verbleibender Lücken in der Verwirklichung der Ergebnisse der bedeutenden Gipfel zu nachhaltiger Entwicklung und das Eingehen auf neue und sich abzeichnende Herausforderungen. In diesem Kontext stünden die beiden Themen, die für die Konferenz ausgewählt worden seien, in einem engen Zusammenhang zu den Verknüpfungen von Umwelt und Gesundheit, die im Rahmen des EHP in Europa erörtert werden, und trügen dazu bei.

Mittel und Wege zur Korrektur der fragmentierten und inkohärenten Steuerungssysteme, mit denen die Ziele, Übereinkünfte, Zusagen und Verpflichtungen in Bezug auf nachhaltige Entwicklung nicht eingehalten werden könnten, seien bereits der Gegenstand mehrerer Konsultationen gewesen und seien es noch. Die Hoffnung richte sich darauf, dass dieser Prozess zu einem stärkeren Steuerungssystem zur Verwirklichung der Ziele und Verpflichtungen in Bezug auf nachhaltige Entwicklung beitrage.

Es werde auch in substanziellem Umfang über eine umweltverträgliche Wirtschaft debattiert und diskutiert. Es sei klar, dass das derzeitige Entwicklungsparadigma unhaltbar geworden sei, weitgehend auf dem Überverbrauch knapper Ressourcen beruhe, hohe Abfallmengen und Verschmutzung produziere sowie gesellschaftliche Ungleichgewichte und Benachteiligungen weiter vergrößere und neue entstehen lasse. Dies müsse korrigiert werden und die Akteure arbeiteten hierfür hart und forderten konkrete Schritte zur Korrektur der krassen Ungleichverteilung von Ressourcen. Es bedürfe eines Wirtschaftsmodells, das zu menschlichem Wohlergehen beitrage und der begrenzten Verfügbarkeit von Ressourcen auf dem Planeten sowie den ökologischen Grenzen Rechnung trage. Eine umweltverträgliche Wirtschaft sei ein Mittel zur Verwirklichung von Zielen der nachhaltigen Entwicklung einschließlich der Armutsbekämpfung.

Herr Asnake erinnerte daran, dass die Frist zur Einreichung von Beiträgen der Akteure als Grundlage für die Ausarbeitung des ersten Vorentwurfs des Ergebnisdokuments am 1. November 2011 ende, und ersuchte die Teilnehmer dringend, Beiträge einzureichen.

Im Kontext anderer regionaler Prozesse erwähnte Herr Asnake die Beteiligung von UNEP an der Zweiten Interministeriellen Tagung über Gesundheit und Umwelt in Afrika im Jahr 2010 und die Unterstützung des Programms für diese Konferenz. Der Prozess gewinne an Fahrt und in Anbetracht der besonderen Rolle Europas beim Ausstieg aus der Verwendung bestimmter Stoffe und der Ausarbeitung regionaler/globaler Handlungskonzepte dienten die aus dem EHP gewonnenen Erkenntnisse und die mit dem Prozess gemachten Erfahrungen auch anderen Regionen. Ein solcher Bereich sei die Arbeit des Regionalbüros zu Asbest: Weil Asbest in Afrika umfassend verwendet werde, sei das bestehende Wissen über den Ausstieg aus seiner Verwendung, die Einführung von Alternativen und/oder die Korrektur seiner Verwendung für andere Regionen nützlich.

Herr Asnake berichtete über den Erfolg der 10. Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle, die vom 17. bis 21. Oktober 2011 in Cartagena (Kolumbien) stattfand.

Zwei neue Veröffentlichungen seien erschienen, die mit der Beteiligung junger Menschen an Fragen ökologischer Nachhaltigkeit in Zusammenhang stehen würden.

- Eine Sonderbeilage zur UNEP-Zeitschrift *Tunza* zum Thema Gesundheit und Umwelt mit dem Titel *Healthy people in a healthy environment* [dt.: Gesunde Menschen in einer gesunden Umwelt] betone das Recht jedes Kindes auf den bestmöglichen Gesundheitszustand und die untrennbare Verbindung zwischen menschlicher Gesundheit und der Gesundheit der Umwelt.
- Ein Leitfaden des gemeinsamen YouthXchange-Programms von UNEP und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zum Klimawandel gehe auf wissenschaftliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte des Klimawandels, seine Ursachen und Folgen sowie seine Auswirkungen auf und die Reaktionen von Menschen auf ihn ein. Die Veröffentlichung enthalte praxisnahe Ratschläge, Vorschläge für Aktivitäten, Fallstudien, Beispiele für gute Praxis und Internet-Links zu weiterführenden Informationen und sie helfe jungen Menschen die wichtigen Kompetenzen zu erwerben, die sie zur Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels durch ihre persönlichen Alltagsentscheidungen und ihr Verhalten benötigen.

Abschließend lobte Herr Asnake die WHO für ihre Anstrengungen zur Einbeziehung junger Menschen durch den EHP und brachte die Begeisterung der Jugenddelegierten über ihre Beteiligung hieran zum Ausdruck. Er ersuchte die Jugenddelegierten, konkrete Projekte vorzuschlagen, die sie in ihren Schulen, Hochschulen oder Gemeinschaften durchführen könnten. UNEP sei bereit, Partnerschaften mit jungen Menschen einzugehen, sie zu unterstützen und sie an seinen Erfahrungen und seiner laufenden Arbeit teilhaben zu lassen.

Dr. Bettina Menne (Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit) stellte die Arbeit der WHO im Kontext der Vorbereitungen auf Rio+20 vor und betonte dabei vor allem die Gesundheitsdimension beim Übergang zur umweltverträglichen Wirtschaft und insbesondere:

- die Beziehung zwischen Gesundheit und nachhaltiger Entwicklung;
- den potenziellen allseitigen Nutzen einer umweltverträglichen Wirtschaft mit einem Schwerpunkt auf menschlicher Gesundheit und menschlichem Wohlergehen, und zwar durch gesunden Konsum und gesundheitsorientierte Aktivitäten in anderen Sektoren wie aktive Fortbewegung, erneuerbare Energie, Grünflächen und nachhaltige Gesundheitsversorgung,
- den durch einen Ansatz zur Steuerungsfunktion des Gesundheitssektors und zur Berücksichtigung von Gesundheit in allen Politikbereichen erforderlichen Umgestaltungsprozess, diese Entwicklungen würden sich in einem demnächst erscheinenden interinstitutionellen Bericht der Vereinten Nationen mit dem Titel *From transition to transformation: sustainable and inclusive development in Europe and central Asia* [dt.: Vom Übergang zur Umgestaltung: nachhaltige und inklusive Entwicklung in Europa und Zentralasien] widerspiegeln.

Die Tagungsteilnehmer stimmten überein, dass die folgenden Aktivitäten und Initiativen für den Fortschritt wichtig seien:

- die Ratifizierung des Protokolls über Wasser und Gesundheit und des Protokolls über die Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung zu fördern,
- den institutionellen Rahmen für soziale Entwicklung (Rio+20) näher zu untersuchen und Errungenschaften auf dem Weg zum Erreichen der maßgeblichen Ziele zu ermitteln,

- die Qualität statt die Quantität des Wachstums in der umweltverträglichen Wirtschaft zu betonen, weil das derzeitige Entwicklungsparadigma nicht nachhaltig ist, und dabei einen Schwerpunkt auf seine soziale Entwicklung und seinen sozialen Nutzen zu legen,
- den Zugang zu Informationen zu verbessern und das Übereinkommen von Aarhus hervorzuheben,
- Gesundheit zur neuen vierten Säule nachhaltiger Entwicklung zu erklären und dies durch Überzeugungsarbeit der WHO bei den Vereinten Nationen und in maßgeblichen internationalen Arenen zu fördern,
- die Mitgliedstaaten bei ihren Ministerien für Umwelt, Finanzen, auswärtige Angelegenheiten usw. Überzeugungsarbeit zugunsten von Gesundheitszielen leisten zu lassen.

Es wurde beschlossen, dass die EHTF über alle Entwicklungen und notwendigen Beiträge sowie zu der Frage informiert werden solle, ob eine Vorlage über diese Tagung bis zum 1. November 2011 fertiggestellt werden kann.

Gruppensitzungen

Die Teilnehmer teilten sich auf drei Gruppen auf, um folgende Themen zu erörtern: i) Unterstützende Werkzeuge für Überwachung und Bewertung, ii) Steuerung unter Beteiligung aller Akteure und anderer Sektoren, iii) Umsetzung des Handlungsrahmens der Europäischen Region für Klimawandel und Gesundheit. Rückmeldungen von den Gruppensitzungen umfassten Zusammenfassungen ihrer Ergebnisse und Empfehlungen für die Billigung durch die EHTF.

Unterstützende Werkzeuge für Überwachung und Bewertung

Das Regionalbüro zeigte zwei Präsentationen: i) Informationen und Erkenntnisse zu Umwelt und Gesundheit sowie ii) Unterstützende Werkzeuge für Überwachung und Bewertung.

Die WHO präsentierte die Ergebnisse der Sachverständigenkonsultationen zur Überwachung der Verpflichtungen in der Erklärung von Parma sowie die vorgeschlagene Liste neuer Indikatoren, deren Verwendung in den Rückmeldungen an die Halbzeittagung auf hoher Ebene im Jahr 2014 und an die Sechste Ministerkonferenz im Jahr 2016 empfohlen wird. Diese Indikatoren sollten auch in die Liste der Zielvorgaben und Indikatoren für das neue gesundheitspolitische Rahmenkonzept „Gesundheit 2020“ aufgenommen werden.

Zu den wichtigen Punkten der Sitzung zählten die folgenden:

- Vor der Billigung der endgültigen Fassung der Indikatoren für die Überwachung der Erfüllung der Verpflichtungen in der Erklärung von Parma, die von Fachleuten der Mitgliedstaaten ausgearbeitet worden seien, seien weitere Konsultationen erforderlich, unter anderem zu:
 - der Verwendung von Indikatoren als Werkzeuge für die Verwirklichung von Fortschritten und die Berichterstattung darüber,
 - der Verknüpfung mit nationalen Strategien und Aktionsplänen für Umwelt und Gesundheit,

- der Verwendung eines sektorübergreifenden Ansatzes und zur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, insbesondere mit Jugendorganisationen,
 - einem Zeitplan für die Umsetzung in Abhängigkeit von den Zuweisungen von Haushaltsmitteln durch die Mitgliedstaaten,
 - der Entscheidung für allgemeine oder spezifische Indikatoren mit Angabe breit gestreuter Wünsche und unter allgemeiner Berücksichtigung der Unterregionen EUR-A, -B und -C.
- Es sollten mehr Konsultationen über die vorgeschlagenen Indikatoren und Verfahren auf der nationalen Ebene stattfinden. Dabei sollte beachtet werden, dass:
 - die Auswahl der Indikatoren implizit die Prioritäten in der Erklärung von Parma definiere, auf die die nationalen Maßnahmen zu Umwelt und Gesundheit ausgerichtet sein werden,
 - die Entwicklung und Einführung der Indikatoren nützlich für nationale politische Handlungskonzepte und die Auswahl von Indikatoren auf der nationalen Ebene seien,
 - es notwendig sei, Bedingungen für die Produktion neuer Daten auf der Grundlage einer harmonisierten Methodologie und mit finanzieller Unterstützung beispielsweise des Regionalbüros, der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher der Europäischen Union und aus nationalen Mitteln sowie durch bilaterale Zusammenarbeit und Partnerschaften zu schaffen,
 - es wichtig sei, dass nationale Ansprechpersonen an Inhalt und Verfahren beteiligt werden,
 - es notwendig sei, ein offenes Forum (wie die WHO-Website) für Expertenkonsultationen zu unterstützenden Werkzeugen für die Überwachung und Bewertung der Erfüllung der Verpflichtungen in der Erklärung von Parma vorzubereiten.
 - Bei der Erörterung von Überwachung im Gegensatz zu Unterstützung der Erfüllung der Verpflichtungen wurde der Standpunkt vertreten, es bestehe ein Ungleichgewicht zwischen Aktivitäten zur Überwachung der Verpflichtungen von Parma und den Anstrengungen zu ihrer Erfüllung und die WHO solle ihre Bemühungen stärker auf die Erfüllung konzentrieren. Da sowohl Überwachung als auch Erfüllung erforderlich seien, sollten sie alternativ enger verknüpft werden. Die Mitgliedstaaten müssten sicherstellen, dass die Verpflichtungen von Parma erfüllt werden. Überwachung sei notwendig, um zu ermitteln, wo stärkere Anstrengungen erforderlich seien.

Weil die Erörterung mehrerer der obigen Punkte während der vorbereitenden Tagungen darauf hingedeutet habe, dass einige der Indikatoren nicht für alle Länder realisierbar seien, wurde angeregt, dass einzelne Mitgliedstaaten diejenigen der vorgeschlagenen Indikatoren, die für ihre nationale Politikgestaltung am nützlichsten seien, auswählen und einführen sollten.

Im Diskussionsverlauf wurden folgende Initiativen vorgeschlagen und Anregungen gemacht: ein Angebot vonseiten Dänemarks betreffend zwei Experten zur Beratung in Bezug auf Biomonitoring auf Quecksilber (Dänemark schlug zugleich vor, Biomonitoring auf noch nicht regulierte Stoffe zu prüfen), die Entwicklung von Pilotprojekten mit anschließender umfassender Einführung unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse, die Annahme einer Politik zugunsten von Umwelt und Gesundheit für Kinder durch die slowenische Regierung, deren Ziele und

Maßnahmen durch die Indikatoren unterstützt würden, und die Notwendigkeit der stärkeren Berücksichtigung politikübergreifender Interaktion.

Es bestand Einvernehmen dahingehend, die Entscheidung über eine Annahme der Indikatoren zu verschieben und dass eine Sondertagung organisiert werden müsse, auf der die vorgeschlagenen Indikatoren erörtert werden sollten.

Steuerung unter Beteiligung aller Akteure und anderer Sektoren

Auf der Sitzung wurde die Rolle junger Menschen im EHP erörtert. Ferner wurden die Schlussfolgerungen der Vorabtagung von Jugendvertretern zur Kenntnis genommen, die am 26. Oktober in Bled stattgefunden hatte. Die Diskussion konzentrierte sich insbesondere auf die positive Rolle, die junge Menschen in nationalen Prozessen spielen können. Es wurden positive Beispiele aus Österreich, Rumänien und Slowenien analysiert, wo junge Menschen bereits aktiv in den nationalen EHP eingebunden sind. Es wurden auch die wichtigsten Herausforderungen in Bezug auf Kapazitäten für die wirksame Teilnahme an politischen Debatten auf der nationalen und internationalen Ebene angeschnitten, einschließlich des Mangels an Ressourcen zur Unterstützung des Engagements junger Menschen sowie kultureller Hürden. Abschließend wurde der mögliche Weg nach vorn auf der nationalen und internationalen Ebene erörtert.

Auf der nationalen Ebene sollten folgende Aktivitäten durchgeführt werden:

- Die Zusammenarbeit zwischen nationalen Ansprechpersonen und jungen Menschen sowie die Verpflichtung zur Inklusion junger Menschen sollten gefördert werden.
- Die Aufgaben junger Menschen in nationalen Prozessen sollten vereinbart und geklärt werden (beispielsweise bei der Bewusstseinsbildung).
- Zur Erweiterung des Beitrags junger Menschen zum EHP sollte die Schaffung von Kapazität in Bezug auf fachliche, politische und institutionelle Prozesse vorgesehen werden.
- Es sollten „jugendgerechte“ Formulierungen gefunden werden, um das Engagement junger Menschen für unterschiedliche Themen zu fördern.
- Konsultation und Koordination zwischen Jugendorganisationen sollten unterstützt werden.

Auf internationaler Ebene könne das Jugendnetzwerk Umwelt und Gesundheit eine nützliche unterstützende und koordinierende Rolle spielen und auf diese Weise die Handlungskompetenz junger Menschen für ihre Aktivitäten auf der nationalen Ebene stärken. Das Netzwerk könne insbesondere Werkzeuge zur Unterstützung junger Menschen in nationalen Prozessen entwickeln, einschließlich Vernetzung (Tagungen und soziale Netzwerke), Schaffung von Kapazität (Seminare, Ausbildungspakete), Koordinierung (Datenbank von Projekten und Aktivitäten junger Menschen) und guter Praxis (Fallstudien zu erfolgreichen Beispielen der Beteiligung junger Menschen).

Die Teilnehmer unterstützten nachdrücklich die derzeitige Beteiligung junger Menschen am EHP und brachten den Wunsch nach einer Ausweitung der Zusammenarbeit mit jungen Menschen in dem Prozess zum Ausdruck. Die Jugendvertreter äußerten sich besorgt über die Komplexität der Dokumentation nicht nur für junge Menschen, sondern für alle, und das Sekretariat erklärte, dies berücksichtigen zu wollen. Die Beteiligung junger Menschen am EHP sei ein geringer Aufwand für einen zukünftigen hohen Ertrag in den Mitgliedstaaten.

Umsetzung des Handlungsrahmens der Europäischen Region für Klimawandel und Gesundheit

In der Sitzung sollten die Fortschritte bei der Umsetzung des in Parma gebilligten Europäischen Handlungsrahmens, Entwicklungen seit März 2010 und die Schwierigkeiten auf dem Weg zur weiteren Umsetzung überprüft werden. Die Diskussion konzentrierte sich auf:

- seit der Konferenz in Parma durchgeführte Aktivitäten in Bezug auf die Arbeitsgruppe Klimawandel im Rahmen des Parma-Prozesses und die Zukunft der Sonderarbeitsgruppe Klimawandel und Gesundheit innerhalb der neuen Verpflichtung,
- einen Fragebogen für Länderprofile,
- Kommunikation und Bewusstseinsbildung,
- weitere Vernetzung und notwendige Entwicklungen,
- fachliche Erfordernisse.

Es wurde vorgeschlagen, die nachfolgenden Punkte der Plenarsitzung zu unterbreiten.

Die Arbeitsgruppe Klimawandel und Gesundheit im Rahmen des Parma-Prozesses:

- solle die Arbeit der Sonderarbeitsgruppe Klimawandel und Gesundheit fortführen, jedoch mit neuem Elan,
- solle den Ansprechpersonen für Umwelt und Gesundheit nachgeordnet werden. Einladungen zu ihrer ersten vom EHMB einzuberufenden Tagung sollten versandt werden. Es wurde vorgeschlagen, dass sie vom 4. bis 6. Juni 2012 in Bonn stattfinden solle,
- benötige starke Führung, insbesondere in Bezug auf Themen, die auf der 61. Weltgesundheitsversammlung und in den sechs Handlungsverpflichtungen in der Erklärung von Parma genannt sind,
- solle sich bei der Erfüllung der sechs Handlungsverpflichtungen im Rahmen des Parma-Prozesses am Inhalt des Handlungsrahmens für die Europäische Region orientieren,
- solle so CO₂-neutral wie möglich arbeiten und alle Informationen an die Gruppe sollten an alle Mitglieder der EHTF verteilt werden.

Mehrere Länder berichteten von Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Themas aufgrund seiner komplexen und sektorübergreifenden Natur.

Um Informationen über die Umsetzung zusammenzustellen und Hindernisse zu ermitteln sowie die Länderprofile zu verfeinern und eine Informationsressource zu erhalten, wurde vorgeschlagen einen modifizierten **Fragebogen** zu versenden.² Mit Unterstützung der Arbeitsgruppe solle der Fragebogen überarbeitet werden, sodass sich sein Inhalt an den sechs zentralen Punkten des Parma-Dokuments „Entschlossenheit zum Handeln“ orientiert. Der modifizierte Fragebogen solle auch ins Russische übersetzt und im Dezember 2011/Januar 2012 verteilt werden.

² Climate change country work [Website]. Copenhagen, WHO Regional Office for Europe, 2012 (<http://www.euro.who.int/en/what-we-do/health-topics/environment-and-health/Climate-change/country-work/>, accessed 31 January 2012).

Erneut hatten einige Länder Schwierigkeiten erlebt, weil der Fragebogen zur ordnungsgemäßen Ausfüllung an alle Ressorts verteilt werden müsse.

Kommunikation und Bewusstseinsbildung in Bezug auf den Klimawandel beschreiben die Notwendigkeit unmittelbaren Handelns durch die Nutzung anerkannter Organe und Veranstaltungen (wie des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und Rio+20), nichtstaatlicher Organisationen und der Websites sozialer Netzwerke. Die Europäische Umweltagentur, die WHO, die EU und andere sollten Informationen über Fortschritte bei der Einrichtung einer Clearingstelle oder Informationsplattform herausgeben und die Aufmerksamkeit von EHTF/WHO auf wichtige Initiativen lenken. Es sei auch wichtig, Informationen über Verknüpfungen zwischen den übergeordneten Initiativen und laufenden Projekten wie dem Climate-TRAP-Projekt³ der Europäischen Union verfügbar zu machen.

Es sei wichtig, dass alle Mitglieder der Arbeitsgruppe und der EHTF über die Entwicklung des Beitrags der WHO zu der Informationsplattform und zu ihrem Inhalt informiert werden und dass der Prototyp der EUA-Clearingstelle vorgestellt werde, sobald er verfügbar ist.

Das Jugendnetzwerk schlug vor, innovativere Kommunikationswerkzeuge wie Twitter und Facebook zu nutzen sowie die Vernetzung mit Studenten und Hochschulnetzwerken auszuweiten.

Die nichtstaatlichen Organisationen hoben Entwicklungen im Zusammenhang mit der Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2011 in Durban und die Entwicklung eines Gipfels zu Klimawandel und Gesundheit hervor. Sie betonten, dass vonseiten der WHO mehr Kontakt und Kommunikation in Bezug auf die sechs Handlungsschwerpunkte im Dokument „Entschlossenheit zum Handeln“ erforderlich sei.

Schlussendlich wurde der **Fachbedarf** von Ländern erörtert und Fachunterstützung von der WHO und anderen Partnern angefordert und zwar in Bezug auf:

- Orientierungswerkzeuge für Abschätzungen von Gefährdungspotenzialen und Anpassungsmaßnahmen,
- einfache Informationen zum Thema Klimawandel und Gesundheit,
- Anpassungswerkzeuge für die Gesundheit und die Frage, wie Gesundheit in sektorübergreifende Anpassungspläne integriert werden kann,
- ein Werkzeug zur Abschätzung des wirtschaftlichen Schadens und der Anpassungskosten,
- Schulungsmaterial für Fachkräfte im Bereich Umwelt und Gesundheit.

Der weitere Weg und Abschluss

Die Vertreter Sloweniens lenkten die Aufmerksamkeit der EHTF auf den Entwurf einer Erklärung, die derzeit als Beitrag der slowenischen Regierung zu dem Vorentwurf des Ergebnisdokuments von Rio+20 geprüft werde und der für die öffentliche Konsultationen online zugänglich sei (Anhang 3).

³ Climate-TRAP [Website]. Brussels, European Union, 2012 (www.climatetrap.eu, accessed 31 January 2012).

Die EHTF war sich darin einig, dass die vorgeschlagene slowenische Erklärung eine sehr gute Möglichkeit sei, Gesundheit auf die Agenda von Rio+20 zu bringen. Ihre Mitglieder erklärten sich auch bereit, die Möglichkeiten einer positiven Reaktion ihrer Regierungen auf die Einladung Sloweniens zu erörtern und sich gegebenenfalls der Erklärung anzuschließen, die am 31. Oktober 2011 eingereicht werden sollte.

Das Sekretariat fasste den Tagungsverlauf, die Empfehlungen, Entscheidungen und nächsten Schritte zusammen, wie es sich in diesem Bericht niederschlägt. Alexander Nies stellte die Schlussfolgerungen des Ko-Vorsitzenden und seine Überlegungen zu Aspekten vor, in Bezug auf welche die Rollen des Sekretariats und der EHTF-Mitglieder weiter geklärt werden müssten. Konkrete Handlungsvorschläge, die von der EHTF generell willkommen geheißen wurden, aus Zeitgründen jedoch nicht detailliert erörtert oder formell angenommen wurden, betrafen folgende Themen:

- Verbreitung aller für den Bereich Umwelt und Gesundheit maßgeblichen Informationen durch das Sekretariat über die nationalen Ansprechpersonen,
- Ausarbeitung kurzer und fokussierter politisch ausgerichteter Papiere durch das Sekretariat zur Unterstützung der Verbreitung komplexer Fachberichte und Forschungsergebnisse und ihres Einfließens in die nationale politische Debatte,
- Ausarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags von Vorsitz, Ko-Vorsitz und Sekretariat für den Arbeitsplans zwischen aufeinanderfolgenden Tagungen der Arbeitsgruppe bis Ende des Jahres,
- Ausarbeitung einer Entwurfsfassung von zwei kurzen Papieren mit einer klaren und praxisnahen Beschreibung der konkreten und einander ergänzenden Aufgaben/Funktionen /Rollen des EHMB und der EHTF durch das Sekretariat,
- Unterstützung der Einrichtung eines Jugendnetzwerks, die Ernennung von Jugendvertretern in allen Ländern, ihre „sinnvolle Beteiligung“ am Prozess auf der nationalen und internationalen Ebene sowie ihre Teilnahme als Beobachter beim EHMB,
- Ausarbeitung eines Berichts über die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Einrichtung eines Jugendnetzwerks für die nächste Tagung des EHMB,
- Herbeiführung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen der Umsetzung der Erklärung von Parma und der Befassung mit sich abzeichnenden und neuen Themen (beispielsweise Energie und Gesundheit), Vorschlag des Sekretariats als Grundlage für die nächste Tagung der EHTF einschließlich Zuweisung entsprechender Sekretariatsressourcen,
- Ersuchen an den EHMB um die Bereitstellung von Leitfäden für die sektorübergreifende Arbeit auf der nationalen Ebene,
- Ausarbeitung einer Kommunikationsstrategie durch das Sekretariat bis Ende März 2012.

Das Sekretariat ersuchte die Mitgliedstaaten um finanzielle Unterstützung des EHP und seines Sekretariats sowie um die Ausrichtung der EHMB- und EHTF-Tagungen im Jahr 2012.

Anhang 1

TAGUNGSZWECK

Die Fünfte Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit, die 2010 in Parma (Italien) stattfand, beschloss die Einsetzung der EHTF, die das führende internationale Gremium für die Umsetzung und Überwachung des Prozesses Umwelt und Gesundheit (EHP) bildet. Die EHTF erhält folgende Aufgaben:

- Aufbau eines Forums für einen fachlichen Wissens- und Erfahrungsaustausch durch Diskussion und Praxisaustausch;
- regelmäßige Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Erkenntnisse mit Unterstützung der WHO, der UNECE, des UNEP und anderer maßgeblicher Organisationen, um die Mitgliedstaaten dazu zu ermutigen, die bestehenden Handlungskonzepte nach Bedarf zu aktualisieren, abzuändern oder zu stärken;
- Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den maßgeblichen Politikbereichen, Partnern und Akteuren wie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, Gewerkschaften, Privatwirtschaft, Jugendlichen, Fachorganisationen und internationalen Finanzinstitutionen;
- Förderung konkreter Initiativen zu neuen Sachfragen;
- vorübergehende Einrichtung von Arbeitsgruppen, Sonderarbeitsgruppen und anderen Gremien, sofern sie zur Klärung spezieller Erfordernisse und Themen benötigt werden;
- enge Zusammenarbeit mit dem EHMB.

An der ersten Tagung der EHTF werden führende Beamte aus den Umsetzungsmechanismen und -strukturen der Mitgliedstaaten in der Europäischen Region der WHO, die von ihren Ländern als Ansprechpersonen für den EHP nominiert wurden, aber auch Vertreter von am EHP beteiligten internationalen Organisationen teilnehmen. Nach der Wahl zweier Vorsitzender wird sich die Tagung mit den relevanten Aspekten der Politikgestaltung und Steuerung im Bereich Umwelt und Gesundheit in Europa befassen und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Verpflichtungen aus der Konferenz von Parma erörtern und befürworten.

Die konkreten Ziele der Tagung lauten:

1. Erörterung der relevanten Aspekte der Politikgestaltung und Steuerung im Bereich Umwelt und Gesundheit in Europa, und konkret:
 - a. Einigung in Bezug auf Aktionsradius der EHTF und Operationalisierung ihrer Arbeit;
 - b. Bilanz der Entwicklungen seit der Konferenz von Parma;
 - c. Erfahrungsaustausch über sektorübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung auf nationaler Ebene;
 - d. Überprüfung von Verknüpfungen und Synergien zwischen dem EHP und anderen maßgeblichen Prozessen auf internationaler Ebene wie „Umwelt für Europa“ und multilateralen Umweltübereinkünften mit Bedeutung für den Gesundheitsbereich, und Ausarbeitung diesbezüglicher Empfehlungen;

- e. gezielte Einbeziehung von Interessengruppen, wie nichtstaatlichen Organisationen, jungen Menschen, Privatwirtschaft und Wissenschaft, die wichtige Partner für den EHP sind;
2. Erörterung und Befürwortung konkreter Maßnahmen zur Umsetzung der Verpflichtungen aus der Konferenz von Parma, und konkret:
- a. Festlegung von Prioritäten, einem Rahmen und Instrumenten für die Erfolgskontrolle bei der Umsetzung der Verpflichtungen von Parma;
 - b. Prüfung neuer und sich abzeichnender Themen, die sich für eine Unterstützung durch den EHP anbieten (z. B. Energie und Gesundheit, Umweltschutz, nichtübertragbare Krankheiten);
 - c. Verstärkung der Wirkung des Folgeprozesses von Parma durch sichtbare Verknüpfung mit anderen Prozessen auf regionaler (Konferenz „Umwelt für Europa“ in Astana, Rahmenkonzept „Gesundheit 2020“ der Europäischen Region der WHO usw.) und globaler Ebene (u. a. Rio+20, Millenniums-Entwicklungsziele);
 - d. Auseinandersetzung mit „böartigen Problemen“ im Bereich Umwelt und Gesundheit in Europa, wie etwa der Eliminierung asbestbedingter Erkrankungen.

Anhang 2

PROGRAMM

DONNERSTAG, 27. OKTOBER 2011

Registrierung

Eröffnung und Begrüßung, Wahl der beiden Vorsitzenden der EHTF, Annahme der Tagesordnung

Eineinhalb Jahre nach der Konferenz von Parma: wesentliche Entwicklungen im Bereich Umwelt und Gesundheit sowie innerhalb des WHO-Regionalbüros für Europa

Sitzung I Gemeinsam wieder da: Umsetzung des erneuerten EHP

Sitzung II Auf dem Weg zur Erfüllung der Zielvorgaben von Parma auf der nationalen Ebene. Ausgewählte Themen: Wasser und Gesundheit, Eliminierung asbestbedingter Erkrankungen, Verfolgung des Geschehens im Bereich Umwelt und Gesundheit in Europa

Sitzung III Neue Problemstellungen im Bereich Umwelt und Gesundheit

Arbeitsgruppensitzung A Unterstützende Instrumente für die Erfassung und Bewertung
Arbeitsgruppensitzung B Politikgestaltung und Steuerung – Einbeziehung aller maßgeblichen Interessengruppen und anderer Akteure
Arbeitsgruppensitzung C Umsetzung des Handlungsrahmens der Europäischen Region für Klimawandel und Gesundheit

FREITAG, 28. OKTOBER 2011

Sitzung IV Stärkung internationaler Partnerschaften für eine bessere Politikgestaltung und Steuerung im Bereich Umwelt und Gesundheit in der Europäischen Region und Verknüpfung mit Rahmenkonzepten auf globaler und regionaler Ebene

Sitzung V Berichte von den Arbeitsgruppensitzungen

Sitzung VI Ausblick und Tagungsende

Anhang 3

ERKLÄRUNG SLOWENIENS ZUM DOSSIER „RIO+20“ BLED, 28. OKTOBER 2011

Auf der Grundlage der Ergebnisse der ersten Tagung der Europäischen Sonderarbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit am 27. und 28. Oktober 2011 in Bled (Slowenien), auf der über Fragen der Umsetzung der Erklärung von Parma diskutiert wurde und auf der konkret Verknüpfungen und Synergien zwischen dem Prozess Umwelt und Gesundheit in Europa und anderen maßgeblichen Prozessen auf internationaler Ebene überprüft und diesbezüglich Empfehlungen ausgearbeitet wurden, schlägt Slowenien folgende Erklärung zu dem Dossier „Rio+20“ (Compilation Document) vor.

1. Entwicklung, Gesundheit und Umwelt sind eng miteinander verflochten. Was für die Gesundheit gut ist, ist auch gut für die Umwelt, und was für die Umwelt gut ist, kommt oft auch der Gesundheit zugute. Eine der Gesundheit zuträgliche Umwelt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Dabei sollte Gesundheit als der Zustand vollständigen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Frei-sein von Krankheit oder Gebrechen (Definition der WHO) verstanden werden, und die seelische Verfassung der Menschen, einschließlich ihrer Würde, sollte gebührend berücksichtigt werden.
2. Seit dem Gipfel von Rio im Jahr 1992 umfasst das Konzept der nachhaltigen Entwicklung drei Säulen: Wirtschaft, Umwelt und soziales Wohlbefinden. Wir empfehlen, Gesundheit als vierte separate Säule der nachhaltigen Entwicklung hinzuzunehmen.
3. Investitionen in Umwelt und Menschen als Teile der Natur werden sich gesundheitlich für die Bevölkerung auszahlen.
4. In der Vergangenheit wurden ökonomische Krisen stets auf Kosten der Umwelt gelöst. Doch heute haben wir eine Grenze erreicht, an der eine weitere rücksichtslose Ausbeutung der Ressourcen unseres Planeten dessen Zerstörung zur Folge haben kann. Deshalb halten wir einen Paradigmenwechsel in der nachhaltigen Entwicklung für dringend erforderlich, bei dem die menschliche Gesundheit und die Umwelt den ihnen gebührenden Stellenwert erhalten.
5. Nachhaltige Entwicklung bedeutet vor allem, dass verantwortungsbewusste Entscheidungen getroffen werden müssen, die langfristig sinnvoll sind. Auf lange Sicht weisen die Prioritäten und Ziele der Energie-, Verkehrs-, Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits- und Umweltpolitik in dieselbe Richtung.
6. Wissenschaftler, Politiker und andere Entscheidungsträger sind für ihre Entscheidungen verantwortlich – und dafür, in welcher Weise sie auf Umwelt, Gesundheit und ein nachhaltiges Wachstum für alle Bevölkerungsschichten einwirken.
7. Der durch wissenschaftliche und technologische Fortschritte geschaffene Wohlstand sollte so verteilt werden, dass bestehende Ungleichheiten abgebaut werden, und Wirtschaftswachstum darf auf keinen Fall derart sein, dass es nur den reichsten 5% der Bevölkerung zugute kommt. Umweltverträgliches Wirtschaften verfolgt eine langfristige Perspektive: Es ist eine ressortübergreifende, gesamtstaatliche Aufgabe, die weit über die Grenzen der Konsumgesellschaft hinausweist. Als Gradmesser für Erfolg werden hier

statt dem Bruttoinlandsprodukt primär die Indikatoren für öffentliche Gesundheit und umweltverträgliches Wirtschaften (ökologischer Fußabdruck, menschlicher Entwicklungsinde-
dex usw.) herangezogen.

8. Wir rufen auf zur Schaffung einer Gesellschaft, deren Konsumverhalten nachhaltig ist, einer Gesellschaft, in der technologische Fortschritte zum Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt eingesetzt werden und dies unter Berücksichtigung ihrer physikalischen Grenzen geschieht und in der Gesundheit, ethisch-moralische Wertvorstellungen einschließlich der Menschenrechte sowie der einzigartige Wert eines jeden Menschen als grundlegende Wegweiser für die Zukunft der Menschheit anerkannt werden.

Anhang 4

TEILNEHMERLISTE

Albania

Ms Eralda Mariani, Public Health Specialist, Unit of Hygiene and Epidemiology, Department of Public Health, Ministry of Health, Tirana

Dr Iris Saliaga, Rr Muhamet Gjolllesha, Tirana (*Youth delegate*)

Armenia

Dr Nune Bakunts, Head of Division, Legal Instruments & Documentation Flow Management, State Hygiene & Anti-Epidemic Inspectorate, Ministry of Health, Yerevan

Mr Artak Khachatryan, Head of Inventory Division, Waste Research Centre, Ministry of Nature Protection, Yerevan

Austria

Mrs Lydia Etzlstorfer, Jugend-Umwelt-Plattform, Vienna (*Youth delegate*)

Ms Cosima Pilz, Austrian CEHAPE Coordinator, Styrian Centre of Environmental Education, Ministry of Environment, Graz

Ms Margret Rattay, Vienna (*Youth delegate*)

Mr Robert Thaler, Head of Department, Division V/5 - Transport, Mobility, Human Settlement and Noise, Federal Ministry of Agriculture, Forestry, Environment & Water Management, Vienna

Azerbaijan

Mr Rashad Allahverdiyev, Adviser, Division for International Cooperation, Ministry of Ecology and Natural Resources, Baku

Mr Zaur Ibrahimov, Expert in the Department of International Relations, Azerbaijan Student Youth Organizations Union, Baku (*Youth delegate*)

Belgium

Martine Delhaye, Secrétariat Permanent de la Cellule Nationale Environnement et Santé, FPS Health, Food Chain Safety and Environment, Eurostation, Brussels

Mr Fabrice Thielen, Président de la Cellule Nationale Environnement et Santé, FPS Health, Food Chain Safety and Environment, Eurostation, Brussels

Bosnia and Herzegovina

Mr Emil Balavac, Commissioner, Commission for Coordination of Youth Issues in Bosnia and Herzegovina (*Youth delegate*)

Ms Sabina Sahman Salihbegovic, Senior Associate, Department for Health, Ministry of Civil Affairs of Bosnia and Herzegovina, Sarajevo

Croatia

Dr Krunoslav Capak, Deputy Director, Environmental Health Ecology Service, Croatian National Institute of Public Health, Zagreb

Czech Republic

Dr Ruzena Kubinova, Deputy Director, National Institute of Public Health, Prague

Cyprus

Dr Andromachi Katsonouri, First Class Chemist, State General Laboratory, Nicosia

Denmark

Dr Lis Marie Keiding, Specialised Medical Officer, Structural Prevention and Health, National Board of Health, Copenhagen

Ms Dorte B Lerche, Technical Adviser, Environmental Protection Agency, Chemicals, Ministry of the Environment, Copenhagen

Estonia

Mrs Kristina Aare, CEHAPE and SFSP (Students for Smarter Planet), Narva (*Youth delegate*)

Ms Jelena Tomasova, Deputy Director General, Health Board, Tallinn

Finland

Dr Mikko Paunio, Ministerial Counsellor, Health/Medical Affairs, Ministry of Social Affairs and Health

France

Mr Charles Saout, Deputy Director, Sub-directorate of Prevention of Risks linked to Environment and Food, Ministry of Labour and Health, Paris

Ivan Pascaud, CEHAPE Youth Network, Appel de la Jeunesse, Paris (*Youth delegate*)

Pierre Monnier, CEHAPE Youth Network, Appel de la Jeunesse, Paris (*Youth delegate*)

Ms Morgane Thierry-Mieg, Life Sciences Engineer and Toxicologist, Appel de la Jeunesse, Paris (*Youth delegate*)

Georgia

Ms Nino Giuashvili, Head, Noncommunicable Diseases and Environment and Health, National Center for Disease Control and Public Health, Ministry of Labour, Health and Social Affairs, Tbilisi

Mrs Tamar Maghlakelidze, Deputy Head of the Department, Environmental Pollution Monitoring Department, National Environmental Agency, Ministry of Environment, Tbilisi

Ms Marika Tsereteli, WHO CEHAPE Youth Network, Institute of Public Health, Tbilisi (*Youth delegate*)

Germany

Mr Alexander Nies, Head of Directorate, Federal Ministry for the Environment, Robert-Schuman-Platz 3, Bonn

Dr Ute Winkler, Head of Division G22, Basic Issues of Prevention, Self-help and Environmental Health Protection, Federal Ministry of Health, Berlin

Dr Birgit Wolz, Head of Division IG II 2, Environment and Health, Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety, Bonn

Greece

Dr Athena Mourmouris, Director General, Urbanis, Ministry of Environment, Energy and Climate Change, Athens

Hungary

Dr Tamás Pándics, National Institute of Environmental Health, Budapest

Ireland

Ms Siobhan McEvoy, Chief Environmental Health Officer, Environmental Health Unit, Department of Health and Children, Dublin

Israel

Dr Isabella Karakis, Environmental Epidemiologist, Ministry of Health, Jerusalem

Italy

Mr Massimo Cozzone, Senior Officer, Department for Environmental Research and Development, Ministry for the Environment, Land and Sea, Rome

Kyrgyzstan

Ms Bubuzhan Arykbaeva, Head of Sanitary Department, Alamudun regional centre of state sanitary epidemiological surveillance, Alamudun region, Lebedinovka village, Energy town, Bishkek

Lithuania

Ms Ingrida Zurlyte, Deputy Director, Centre of Health Promotion and Disease Prevention, Vilnius

Luxembourg

Mr Ralph Baden, Ingénieur spécialisé en matériaux, Division de la Santé au Travail, Direction de la Santé, Luxembourg

Malta

Ms Lara Cassar, Balzan (*Youth delegate*)

Ms Ramona Camilleri, Mosta (*Youth delegate*)

Mr John Attard-Kingswell, Director Environmental Health, Directorate General, Public Health Regulation, Ministry for Health, the Elderly and Community Care, Msida

Montenegro

Dr Borko Bajic, Physician, Centre for Health Ecology, Institute of Public Health, Str. Dzona Dzeksona bb, Podgorica

Mr Vladimir Rakocevic, WHO CEHAPE Youth Network, Bijelo Polje (*Youth delegate*)

Netherlands

Mr Tom van Teunerbroek, Policy Adviser, Ministry of Infrastructure and the Environment, The Hague

Mr Arthur van Iersel, Senior Policy Officer, Ministry of Health, Welfare and Sport, Public Health Department, The Hague

Norway

Mrs Hilde Moe, Senior Adviser, Department of Regional Planning, Ministry of Environment, Oslo

Ms Vigdis Rønning, Specialist Director, Department of Public Health, Ministry of Health and Care Services, Oslo

Poland

Professor Wojciech Hanke, Environmental Epidemiology, Nofer Institute of Occupational Medicine, National Focal Point for EHP, Ministry of Health, Lodz

Portugal

Dr Regina Maria Madail Vilão, Director, Department for Environmental Strategies and Policies, Portuguese Environment Agency, Zambujal, Amadora

Republic of Moldova

Dr Ion Salaru, First Deputy Director, National Centre of Public Health, Chisinau

Romania

Mrs Natalia Ciobanu, WHO CEHAPE Youth Network, Suceava (*Youth delegate*)

Ms Petra Szavics, Personal Counsellor to the Minister, Ministry of Environment and Forest, Bucharest

Russian Federation

Mrs Irina Ilchenko, Head Laboratory, Scientific Research Institute of Public Health and Health Management, 1st Moscow State Medical University, Moscow

Serbia

Mr Danilo Arsenijevic, WHO CEHAPE international youth delegate, Belgrade (*Youth delegate*)

Mrs Biljana Filipovic, Senior Adviser for International Cooperation, Department for EU Integration, International Cooperation and Projects, Ministry of Environment, Mining and Spatial Planning, Belgrade

Ms Marija Jevtic, Minister Assistant, Sector for Public Health and Sanitary Inspection, Ministry of Health, Belgrade

Slovenia

Mrs Sara Berglez, Vice-President for Sustainable Development, National Youth Council of Slovenia, Radlje ob Dravi

Dr Marta Ciraj, Secretary, EU Affairs and International Relations Office, Ministry of Health, Ljubljana

Ms Natasa Kovac, Senior Adviser, Slovenian Environment Agency, Ljubljana

Ms Natasa Kozamernik, Undersecretary, EU Affairs and International Relations Office, Ministry of Health, Ljubljana

Mrs Urska Kusar, Senior Adviser, Slovenian Environment Agency, Ljubljana

Dr Sonja Jeraw, National Institute of Public Health, Ljubljana

Dr Dorijan Marusic, Minister of Health, Ministry of Health, Ljubljana

Dr Peter Otorepec, National Institute of Public Health, Ljubljana

Mr Jan Peloz, President, Youth Association No Excuse Slovenia, Ljubljana (*Youth delegate*)

Dr Lucija Perharič, Consultant Physician Toxicologist, National Institute for Public Health, Ljubljana

Mr Jelko Urbancic, Secretary, Slovenian Environment Agency, Ljubljana

Ms Pia Vracko, Assistant, National Institute for Public Health, Ljubljana

Spain

Dr Mario Cardaba, Medical Officer, Ministry of Health, Social Policy and Equality, Madrid

Sweden

Dr Karin Björklund, Programme Officer, National Board of Health and Welfare, Stockholm

Mr Jerker Forssell, Head of Section, Ministry of Environment, Stockholm

Tajikistan

Ms Zarina Alieva, Epidemiologist, Dushanbe (*Youth delegate*)

Dr Kholik Nazarov, Head, Sanitary Epidemiology Centre of Sino district, Dushanbe

The former Yugoslav Republic of Macedonia

Mr Dragan Gjorgjev, Policy Adviser, Environment and Health Focal Point, Institute for Public Health, Ministry of Health, Skopje

Mrs Martina Karatrajkova, CEHAPE youth network, Ministry of Health, Veles (*Youth delegate*)

Turkey

Ms Betül Uralcan, CEHAPE Youth Network, Istanbul (*Youth delegate*)

Turkemenistan

Mrs Shirin Rejepova, Chief Specialist, State Sanitation-Epidemiologic Service, Ministry of Health and Medical Industry of Turkmenistan, Ashgabat

Ukraine

Professor Nadia Polka, Deputy Director, State Enterprise “O.M. Marzeev Institute of Hygiene and Medical Ecology”, Kiev

Mr Oleg Shevchenko, Head, European Integration Division, Department for International Cooperation, Ministry of Ecology and Natural Resource, Kiev

United Kingdom

Dr Louise Newport, Scientific Policy Manager, Health Protection – Legislation and Environmental Hazards, Department of Health, London

Uzbekistan

Ms Gulshen Bensitova, Senior Specialist, Department for Economy and Nature Use Management, State Committee for Nature Protection, Tashkent

Mr Komil Mukhamedov, Leading Specialist, Principal Sanitary Epidemiologic Directorate, Ministry of Health, Tashkent

Representatives of Intergovernmental Bodies and International Organizations

Eco Forum

Mrs Sascha Gabizon, EHC member, Director, Women in Europe for a Common Future and European ECO-FORUM, Utrecht, Netherlands

European Commission

Ms Natacha Grenier, Policy Officer, Directorate-General for Consumer Affairs, Luxembourg

European Environment Agency

Mr Peter Paert, Seconded expert, Copenhagen, Denmark

Health and Environment Alliance

Ms Genon Jensen, EHC member, Executive Director, Belgium

International Youth Network

Ms Alina Bezhenar, WHO CEHAPE International Youth Representative, Moscow, Russian Federation

Ms Jovana Dodos, WHO CEHAPE International Youth Delegate, Belgrade, Serbia

Regional Environmental Centre for Central and Eastern Europe

Dr Eva Csobod, Director, Environment & Health Topic Leader, Country Office Hungary, Regional Environmental Centre for Central and Eastern Europe, Szentendre, Hungary

United Nations Development Programme

Dr Christoph Hamelmann, Regional Practice Leader HIV, Health and Development Europe and Central Asia, Bratislava, Slovakia

United Nations Economic Commission for Europe

Ms Nino Sharashidze, Environmental Affairs Officer, Transport, Health and Environment, Pan-European Programme (PEP), Environment Division, Geneva, Switzerland

United Nations Environment Programme

Mr Wondwosen Asnake Kibret, Regional Coordinator, Chatelaine, Geneva, Switzerland

Temporary Advisers

Professor Charles Vyvyan Howard, Centre for Molecular Biosciences, University of Ulster, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Professor Jorma Rantanen, International Commission on Occupational Health, c/o Finnish Institute of Occupational Health, Helsinki, Finland

Professor Wilfred Kreisel, St Genis-Pouilly, France

World Health Organization

WHO Headquarters

Dr Maria Purificacion Neira, Director, Protection of the Human Environment

Regional Office for Europe

Dr Roger Aertgeerts, Programme Manager, Water and Sanitation, WHO European Centre for Environment and Health, Rome, Italy

Ms Marija Andjelkovic, Administrative Assistant, WHO Country Office in Slovenia, Ljubljana, Slovenia

Mr Matthias Braubach, Technical Officer, Living Environment & Health, WHO European Centre for Environment and Health, Bonn, Germany

Dr Andrey Egorov, Manager, Environment and Health Information Systems, WHO European Centre for Environment and Health, Bonn, Germany

Mrs Marina Hansen, Programme Assistant, Environment and Health, Copenhagen, Denmark

Dr Marijan Ivanusa, Head of WHO Country Office, Slovenia

Ms Galina Kaern, Administrative Assistant, Environment and Health, Copenhagen, Denmark

Dr Rokho Kim, Manager, Occupational Health, and Scientist, Noise, WHO European Centre for Environment and Health, Bonn, Germany

Mr Marco Martuzzi, Programme Manager, Environmental health, risk assessment and management, WHO European Centre for Environment and health, Rome, Italy

Mr Srdan Matic, Coordinator, Environment and Health, Copenhagen, Denmark

Mrs Geraldine McWeeney, Technical Officer SE, Environment and Health, WHO Country Office Serbia, Belgrade, Serbia

Dr Bettina Menne, Programme Manager, Climate change, greening health service and sustainable development, WHO European Centre for Environment and Health, Rome, Italy

Ms Francesca Racioppi, Scientist and Head of Office, WHO European Centre for Environment and Health, Rome, Italy

Mr Christian Schweizer, Technical Officer, Transport and Health, WHO European Centre for Environment and Health, Rome, Italy

**Das WHO-Regionalbüro
für Europa**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist eine 1948 gegründete Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die sich in erster Linie mit internationalen Gesundheitsfragen und der öffentlichen Gesundheit befasst. Das WHO-Regionalbüro für Europa ist eines von sechs Regionalbüros, die überall in der Welt eigene, auf die Gesundheitsbedürfnisse ihrer Mitgliedsländer abgestimmte Programme durchführen.

Mitgliedstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belarus
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
Ehemalige jugoslawische
Republik Mazedonien
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Israel
Italien
Kasachstan
Kirgisistan
Kroatien
Lettland
Litauen
Luxemburg
Malta
Monaco
Montenegro
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Republik Moldau
Rumänien
Russische Föderation
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tadschikistan
Tschechische Republik
Türkei
Turkmenistan
Ukraine
Ungarn
Usbekistan
Vereinigtes Königreich
Zypern

Original: Englisch**Weltgesundheitsorganisation
Regionalbüro für Europa**

Scherfigsvej 8, DK-2100 Kopenhagen Ø, Dänemark
Tel.: +45 39 17 17 17 Fax: +45 39 17 18 18 E-Mail: contact@euro.who.int
Website: www.euro.who.int